

## **Flüchtlingswahnsinn in der Kommunalpolitik – 6.230 € pro Monat für jeden UMA!**

Von Georg Martin \*)

„UMA“ steht im Amtsdeutsch für „unbegleitete minderjährige Ausländer“. Dem deutschen Bürger und Steuerzahler verschlägt es einfach nur noch die Sprache angesichts der nachfolgenden Situationsbeschreibung in den Kommunen zum Thema „Flüchtlinge“ bzw. „Asylanten“.

Für die stationäre rundum-sorglos-Betreuung von UMA's wurden in der Kommune im Jahr 2016 durchschnittlich 5.400,- € pro Monat und pro Asylant bzw. Wirtschaftsasylant an Mehraufwendungen (d.h. zusätzlich zur Flüchtlingspauschale i. H. v. z.Zt. 833 €/Monat) in den kommunalen Haushalten budgetiert und verausgabt. Das sind täglich durchschnittlich 180 € mehr bzw. 208 € insgesamt pro UMA. Nach Aussage der Kommune (Zitat) *„sei das aber eher knapp bemessen, so seinen etwaiger Krankheitskosten in diesen Beträgen noch nicht enthalten, diese kämen also gegebenenfalls noch hinzu“*.

Im trockenen Paragraphendeutsch begründet sich das wie folgt: *„Bei diesen überplanmäßigen Kosten zur stationären Betreuung von UMA's handelt es sich um unabweisbare Mehraufwendungen, sowohl in sachlicher als auch in zeitlicher Sicht“*.

Weiter: *„Solche sachlichen (und zeitlichen) Unabweisbarkeiten liegen vor, wenn ein dringendes sachliches Bedürfnis zur Erfüllung der Aufgaben im Haushaltsjahr besteht (gemäß §§ 27 ff. SGB VIII).“ Dieser „hochintellektuelle“ Begründungssatz begründet sich also faktisch in sich selbst, wie z.B. der Satz „Es muß regnen, weil z.Zt. Wasser vom Himmel fällt“*.

Diese skandalöse Situation ist nun also aufgrund der Merkelschen „Willkommenskultur“ 2015 in ganz Deutschland grob fahrlässig und selbstverschuldet eingetreten. Jedoch nicht für deutsche Bürger, sondern für Ausländer. Die Kommunen vor Ort, die dieses regierungsverschuldete Finanz-Desaster ausbaden müssen und das Merkelsche „Wir schaffen das“ im Befehlsmodus („Zuweisungen“!) auf „Biegen-und Brechen“ gegen den Willen der Mehrheit der völlig düpierten Bevölkerung umzusetzen haben, hoffen nun, dass sich das Land auch wirklich an diesen „unplanmäßigen Mehraufwendungen“ beteiligt. Aber, „wer das glaubt, wird selig“.

Soweit also die regierungsamtliche Behörden- und Begründungssprache. Halten wir also nochmals fest: 5.400 € Mehraufwendungen pro Monat oder 64.500 € pro Jahr und pro UMA über die „Flüchtlingspauschale“ i. H. v. 10.000 € pro Jahr oder 833 € pro Monat und pro UMA hinaus. Das macht in Summe über 6.230 € pro Monat oder 74.800 € pro Jahr ... für einen einzigen UMA, für einen einzigen jungen Ausländer, weil er vorgibt ein junger Kriegsflüchtling zu sein!

Na, wenn das keine Bombengeschäft ist, keine tolles „Sozial-Konjunkturpaket“, für alle humanheuchlerischen Profiteure dieser hausgemachten Flüchtlingskrise zu Lasten der deutschen Arbeitnehmer und Steuerzahler, besser wohl dummen Arbeitssklaven! – „Merkel sei Dank!“

Wem bisher noch nicht vor Wut und Ärger die Zornesröte ins Gesicht geschossen ist und wem der Blutdruck noch nicht in Richtung 180 gestiegen ist, dem sei plakativ folgendes dazu vor Augen geführt:

Während also pro Monat für die rundum-sorglos-Betreuung von sogenannten unbegleiteten minderjährigen Ausländern, die mehrheitlich Wirtschaftsasylanten und zu 90 % vor Testosteron strotzende junge Männer sind, die möglicherweise auch noch ohne oder mit gefälschtem Pass oder mit falschen Altersangaben eingereist

sind, großzügigst bereitgestellt werden, ist für die einheimische stark malträtierte Bevölkerung kein Geld mehr vorhanden!

\* Während Millionen deutscher Rentner trotz 40-jähriger Berufstätigkeit unterhalb der Armutsgrenze von rund 980 € pro Monat leben müssen, während Millionen Niedriglohnempfänger einen Zweitjob benötigen, um ihre Familien ernähren zu können,

\* während sich junge deutsche Familien oft aus finanziellen Gründen kein zweites Kind leisten können,

\* während es in Deutschland rund 400.000 Obdachlose gibt,

\* während jedes zehnte Kind in Deutschland unterhalb der Armut Grenze leben muss,

\* während rund 200.000 Bürger ihren Strom nicht mehr bezahlen können,

\* während arme alte Menschen in Deutschland Mülleimer nach leeren Flaschen und nach essbaren Lebensmittel durchwühlen,

\* und während in Deutschland massenhaft öffentliche Gebäude, Turnhallen, Schwimmbäder, Sportstätten, Straßen usw. verrotten,

\* während all dieser skandalösen Zustände verballern die Kommunen auf Geheiß der Bundesregierung ganz locker und ohne Skrupel 6.230 € pro Kopf und pro Monat für junge überwiegend männliche Ausländer, von denen man nicht einmal genau weiß, ob sie überhaupt hier sein dürften.

Wann werden diese verantwortungslosen und pflichtvergessenen Politiker, die in den Ländern und die in den Kommunen, von der Bevölkerung zur Rechenschaft gezogen und bei den nächsten Wahlen mit Schimpf und Schande sowie „geteert und gefedert“ aus ihren Rathäusern verjagt?

Diese unverantwortlichen Politiker vertreten zweifelsfrei die einheimische deutsche Bevölkerung nicht mehr, sie vertreten ihre Bürger nicht mehr, die sie im Vertrauen gewählt haben und die jeden Monat von ihnen sehr gut bezahlt werden. – Die Politik hat sich verselbständigt, es herrschen Zustände wie in einer Diktatur.

Bürger Deutschlands: Wir, das Volk, müssen diese skandalösen Zustände schnellstmöglich beenden und diese verantwortungslosen Politiker zum Teufel jagen! Denkt an diese skandalösen Zustände bei den nächsten Wahlen und wählt diese pflichtvergessenen und selbstsüchtigen Parteibonzen ab, wählt das durch-und-durch morsche politische Establishment in Deutschland ab.

**\*) Dipl. Ing. Georg Martin ist freischaffender Firmenberater und seit langem Kolumnist bei uns**